



Update 01/2018

Bernhard Daldrup, Bundestagsabgeordneter für den Kreis Warendorf

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

das Thema, das uns derzeit alle in Atem hält, ist die Frage, ob die SPD in eine erneute Große Koalition eintreten sollte. In der vergangenen Woche haben dazu Sondierungen mit der Union stattgefunden, der SPD-Parteivorstand hat sich daraufhin für formale Koalitionsgespräche ausgesprochen ([→ Das Sondierungspapier online als PDF](#)). Am vergangenen Sonntag hat ein Bundesparteitag – mit einer knappen Mehrheit von 56 Prozent – für die Aufnahme von Koalitionsgesprächen gestimmt, nicht mehr, aber auch nicht weniger: Am Ende der Verhandlungen werden alle SPD-Mitglieder gemeinsam über den Entwurf des Koalitionsvertrags abstimmen können. Die SPD geht nur dann in eine Große Koalition, wenn ihre Mitglieder das wollen.

GroKo oder NoGroKo?

Ich verstehe die Skepsis gegenüber der Neuauflage einer Großen Koalition sehr gut. Nach wie vor gilt, dass die GroKo bei der vergangenen Bundestagswahl abgestraft wurde. In der Zeit der Großen Koalitionen hat die SPD kontinuierlich Wähler verloren (allerdings in der Phase der Opposition auch). Und: Große Koalitionen sollten die Ausnahme sein. Für die Demokratie ist der Streit zwischen politischer Rechter und politischer Linker, ist die Wahl zwischen grundsätzlichen Politikalternativen essentiell. Das Beispiel Österreich zeigt, dass eine Dauer-GroKo zu großem Verdruss und letztlich zum Erstarken der Rechten führen kann.

Ich war auf dem Parteitag nicht stimmberechtigt, weil ich als beratendes Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion entsendet war (wir sind deshalb

mit drei Personen aus dem Kreis Warendorf vertreten gewesen). Ich habe mich (beratend) für Koalitionsverhandlungen mit der Union ausgesprochen. Warum? Zum einen, weil ich in dem Sondierungspapier viele gute inhaltliche Ansätze sehe. Natürlich haben wir nicht alles untergebracht, was wir uns wünschen. Aber gerade die Verabredungen zur Bildung (Rechtsanspruch auf Ganztage in der Grundschule, Einstieg in die Gebührenfreiheit, BAföG-Förderung, weitere Auflösung des Kooperationsverbots, kurzum die gesamte Bildungskette), Arbeitsmarktpolitik (Schaffung eines sozialen Arbeitsmarkts, Mindestvergütung für Auszubildende), Sozialpolitik (Einführung einer Grundrente), Europa (Beendigung der Austeritätspolitik) und Kommunen (Weiterführung des größten Entlastungsprogramms für die Kommunen) sind wegweisend.

Das sind keine Kleinigkeiten, sondern entscheidende sozialdemokratische Forderungen. Gerade aus den Kommunen habe ich dafür viel Zustimmung bekommen. Kommunalpolitik ist Gesellschaftspolitik: Mehr Geld für Investitionen in den Taschen gerade der finanzschwachen Städte und Gemeinden in Deutschland wird die Lebensqualität vieler Menschen verbessern. Man sollte darum aus meiner Sicht zumindest schauen, ob man diese Punkte in „echten“ Koalitionsverhandlungen ausreichend konkretisieren und erweitern kann, denn es gibt auch noch offene Punkte: Hilfen bei den Altschulden, Entlastungen bei den Kosten der Unterkunft, Stärkung gleichwertiger Lebensbedingungen, Förderung des ländlichen Raums, um nur einige Themen zu nennen.

Aber noch einmal: Wir haben den Startschuss für Verhandlungen gegeben, mehr nicht. Ja, ich will, dass am Ende die Mitglieder entscheiden, und zwar auf der Grundlage von ausverhandelten Inhalten, nicht von Sondierungen. Ich finde, dieser Weg ist mitgliederorientiert, demokratisch und sachgerecht.

Es gibt noch einen anderen Grund, warum ich es für richtig halte, weiter zu verhandeln. Die SPD und das ganze Land befinden sich in einer vertrackten Lage. Denn, davon bin ich überzeugt, die sehr schnell kommende Alternative zur GroKo sind Neuwahlen. Mit Angela Merkel und der Union wird es keine Minderheitsregierung mit Bestand geben.

Werden wir dann die Kraft für einen erneuten Wahlkampf finden? Haben wir ein neues Programm, einen überzeugenden Kandidaten und eine prägnante Botschaft? Was werden wir den Leuten am Infostand sagen? Und was passiert, wenn bei Neuwahlen die AfD erstartet und es wieder nur für eine GroKo reicht? Wählen wir dann erneut? Wir müssen uns über die Folgen klar sein, wenn wir eine Große Koalition kategorisch ablehnen.

Zudem ist noch lange nicht gesagt, dass in der Opposition alles besser wird. Schwarz-Gelb hat zwischen 2009 und 2013 der SPD eindeutig nicht genützt. Die SPD Bayern beispielsweise zeigt, dass die Oppositionsrolle nicht automatisch zu einer kraftvollen SPD führt. Und ob dies in NRW passieren wird, ist noch lange nicht ausgemacht.

Wir haben außerdem festgestellt, dass die Welt in vier Jahren schon wieder ganz anders aussehen kann. Die AfD ist erst mit der Flüchtlingskrise 2015 stark geworden (und nicht das unvermeidliche Nebenprodukt der Großen Koalition). Merkel befindet sich am Ende ihrer Kanzlerschaft. In vier Jahren sind vermutlich andere Themen wichtiger als heute, die AfD verliert an Anziehungskraft, die Union muss die Nachfolge von Angela Merkel regeln und wir können uns in dieser Zeit besinnen, in welche Richtung wir als SPD in Zukunft steuern wollen – inhaltlich und personell.

Zuletzt: Falls es zu einer Neuauflage der Koalition mit der CDU/CSU kommen sollte, haben wir eine Bilanz zur Hälfte der Legislaturperiode, also quasi eine Sollbruchstelle vereinbart, eine wichtige Neuerung. Zugegeben, auch ich habe den roten Stein der Weisen nicht gefunden. Wir sind in einer Situation, in der es keine eindeutige Lösung gibt.

Aber ich verlange von uns allen eine realistische Lage-Einschätzung. Und dazu gehört eben auch die Frage nach den unmittelbaren Konsequenzen der Ablehnung einer GroKo – und das sind voraussichtlich Neuwahlen.

Erfolge der SPD bei den Sondierungen (Auszüge)

- Das Bekenntnis zur **Weiterentwicklung Europas** gemeinsam mit Frankreich (u. a. Neuer Élysée-Vertrag).
- Ein **Einwanderungsgesetz** für Fachkräfte.
- Die Einführung eines **sozialen Arbeitsmarkts** für Langzeitarbeitslose.
- Die Erhöhung der **Schonvermögen** beim ALG II.
- Rechtsanspruch auf **Rückkehr in Vollzeit**.
- Mehr **Investitionen in Bildung** und weitere **Auflösung des Kooperationsverbotes**.
- Die Einführung einer **Grundrente** oberhalb des Grundsicherungsbedarfs, in die auch Selbständige mit einbezogen werden.
- Die Herstellung der **Parität** bei den Beiträgen zur **Gesetzlichen Krankenversicherung**.
- Eine deutlich bessere **Finanzierung der Kommunen**: Mehr Investitionen in Verkehrswege, Internet, ÖPNV und Infrastruktur; Entlastung bei bestehenden Aufgaben wie der Integration von Flüchtlingen.
- Eine **steuerliche Entlastung für die Mittelschicht** durch die Abschaffung des Solidaritätszuschlages für die unteren 90 Prozent der Soli-Zahler.
- Die **Anhebung des Kindergelds um 25 Euro** pro Kind und Monat.
- Bessere Ausstattung von **Polizei und Gerichten**.
- Die Durchsetzung des **Familiennachzugs für subsidiär Geschützte** (jeweils 1000 Personen/Monat). Anerkannte Flüchtlinge fallen nicht unter diese Regelung und können wie bisher ihre Familie nachholen!
- Gesetzliche Verankerung der **Netzneutralität** für ein freies Internet.

Fehlende Punkte im Sondierungspapier aus Sicht der SPD

- Einstieg in die **Bürgerversicherung**.
- Abschaffung der sachgrundlosen Befristung.
- Anhebung des Spitzensteuersatzes.
- Erbschaftsteuerreform.
- Verschärfung der Mietpreiskontrolle.

Darum lautet meine Option: verhandeln. Ehrlich und ergebnisoffen, so wie es angekündigt war. Anschließend entscheiden die Mitglieder gemeinsam, ob es eine ausreichende Grundlage für die Zusammenarbeit mit der Union gibt.

Streit über Familiennachzug für subsidiär geschützte Flüchtlinge

Ein Großteil der Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien erhält in Deutschland derzeit sogenannten subsidiären Schutz (also kein vollständiges Asyl). Wir hatten 2015 durchgesetzt, dass auch subsidiär Schutzberechtigte ihre engsten Familienangehörigen nachholen dürfen – vorher gab es für diese Gruppe gar keinen Familiennachzug. Aus Sicht der SPD kann Integration nur gelingen, wenn Flüchtlinge hier nicht in ständiger Angst um ihre Frauen, Männer und Kinder leben müssen.

Nachdem die Flüchtlingszahlen aus Syrien im Jahr 2015 stark angestiegen waren, hatte das CDU-geführte Innenministerium den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte allerdings (mit unserer Zustimmung) „vorübergehend“ ausgesetzt. In der vergangenen Woche hat die Union einen Antrag in den Bundestag eingebracht, wonach der Familiennachzug auch weiterhin ausgesetzt bleiben soll. Diesem Antrag haben wir inhaltlich und wegen der noch offenen Gespräche nicht zugestimmt.

Die Union würde am liebsten gar keinen Familiennachzug erlauben. Das macht die SPD natürlich nicht mit. Wir haben darum in den Sondierungsgesprächen durchgesetzt, dass es in einer möglichen Koalition eine Neuregelung geben wird, mit der künftig ein geordneter und gestaffelter Familiennachzug wieder möglich ist. Dazu werden wir weiter verhandeln, wie es auch der Auftrag des Parteitag ist.

AfD im Bundestag

Die vergangene Sitzungswoche hat einmal mehr gezeigt, auf welche Weise die AfD im Bundestag „Politik machen“ will: mit symbolischen, teilweise stumpf fremdenfeindlichen Anträgen, mit denen vor allem Empörung provoziert werden soll. Das immer in angeblicher Sorge um das Land. Dabei ist diese rechte Truppe selbstverständlich nicht an Sacharbeit oder einem echten Austausch von Argumenten interessiert. Stattdessen produziert die AfD gespielte Entrüstung und verbreitet krude Verschwörungstheorien.

So hat die AfD in der vergangenen Woche den Élysée-Vertrag, der nach dem 2. Weltkrieg die deutsch-französische Freundschaft begründete, mit dem Versailler Vertrag gleichgesetzt – der das Ende des 1. Weltkriegs besiegelte und durch seine harschen wirtschaftspolitischen Vorgaben für sozialen Sprengstoff sorgte. Die AfD sieht in der deutsch-französischen Freundschaft „die Aushöhlung der nationalen Souveränität“. Auf solche hanebüchenen Ideen muss man erst mal kommen – die AfD tut das regelmäßig. In einem anderen Antrag forderte sie, jedweden Familiennachzug zu verbieten, auch für anerkannte Flüchtlinge. Da sieht man, was die AfD tatsächlich bewegt: Sie will Fremdenfeindlichkeit schüren. Denn die Familie ist in Deutschland

verfassungsrechtlich geschützt, anerkannte Flüchtlinge dürfen natürlich ihre Familien nachholen, denn anders kann ihre Integration nicht gelingen!

In der Debatte um den Klimaschutz erdreistete sich ein AfD-Redner allen Ernstes anzumerken, dass Zuwanderung deswegen ein Problem sei, weil Flüchtlinge den CO₂-Ausstoß erhöhen würden.

Trotz dieser Erfahrungen ist es immer wieder erschreckend, wie menschenverachtend und offen rassistisch die AfD im Bundestag oftmals agiert. Zumindest die Wahlumfragen legen leider nahe, dass dies bisher einen Großteil der Wähler nicht abschreckt. Umso wichtiger, dass wir (und auch die Medien) nicht über jedes Stöckchen springen, das uns die AfDinhält.

NEIN ZU RECHTER HETZE



Wenn Ihr ein Zeichen gegen rechte Umtriebe in unserer Gesellschaft setzen möchtet, könnt Ihr Euch dem [→ Aufruf „Aufstehen gegen Rassismus“](https://www.aufstehen-gegen-rassismus.de) anschließen. Derzeit haben den Aufruf bereits 27.000 Menschen unterzeichnet.

Fragen, Anregungen, Kritik? Meldet euch, ihr wisst, wie ihr mich erreichen könnt.

Euer

Bernhard Daldrup